

NaturFreunde für Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Politische Forderungen für die Landtagswahl Baden-Württemberg am 8. März 2026

Die NaturFreunde Baden-Württemberg sind ein Verband mit einem gesellschaftspolitischen Programm, unsere zentralen Werte sind Solidarität und Gerechtigkeit. Wir verknüpfen soziale Anliegen und den Umwelt- und Naturschutzgedanken mit dem Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. Die NaturFreunde Baden-Württemberg beziehen sich auf die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele von 2016. Für uns steht der Begriff Nachhaltigkeit für eine Zukunftsvision, in der wirtschaftliche Entwicklung dauerhaft mit sozialer Gerechtigkeit sowie mit ökologischer Verträglichkeit verbunden ist und Wachstumszwänge überwindet.

Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander. Steigende Mieten, Inflation, Verschlechterungen im Bereich Infrastruktur, Gesundheit und Pflege sowie in der Bildung führen zu sozialer Unsicherheit.

Rechte und rechtsextreme Gruppierungen und Organisationen befördern Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Ausgrenzung, spalten die Gesellschaft, untergraben den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Fundament der Demokratie.

Die NaturFreunde sehen sich aus ihrer Geschichte verpflichtet, sich solchen Bestrebungen entschieden entgegen zu stellen:

Die NaturFreunde in Deutschland wurden 1933 von den Nationalsozialisten als einziger Umweltverband sofort verboten, Naturfreundehäuser und Hütten enteignet und NaturFreund*innen verfolgt. Für NaturFreund*innen ist es unerträglich und unzumutbar, wenn eine Partei die Verbrechen des NS-Regimes relativiert und verharmlost und wenn sie die Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der deutschen Geschichte sowie die daraus gezogenen Lehren ablehnt.

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, ein AfD-Verbot ernsthaft zu prüfen und voranzutreiben, sollte sich der Verdacht erhärten, dass diese Partei tatsächlich verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und zum Beispiel das Demokratieprinzip oder die Menschenwürde gefährdet.

Demokratiefeindlichen Organisationen wie der AfD entzieht man nicht den Boden indem man ihre Forderungen übernimmt, sondern durch eine gute Politik, die die Bedürfnisse der Menschen ernst nimmt.

Politische Entscheidungen und Maßnahmen dürfen nicht die soziale Teilhabe untergraben!

Deshalb fordern wir:

Eine **Umwelt- und Klimapolitik** darf nicht als Verzichtsprogramm konzipiert werden, sondern als Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, demokratischer Planung und solidarischer Krisenvorsorge! Klimapolitik muss sozial gerecht gestaltet sein.

- Die **Energie-/Wärmewende** muss weiter zügig vorangetrieben werden. Der Schaden bei Untätigkeit wird sonst immer größer. Es geht hier nicht nur um Pipelines und Stromnetze, sondern um die grundlegenden Energiequellen und den Verbrauch selbst. Man schützt die Bürger nicht, indem man die Abhängigkeit von Öl und Gas fortführt. Man schützt sie, indem man eine verlässliche und sozial gerechte Förderkulisse schafft, die auf unabhängigen und sauberen Technologien basiert.
- Keine weiteren Belastungen für ärmerre Haushalte, hin zu **gerechterer Besteuerung** für Vermögende, z.B. nach Ressourcenverbrauch und Emissionen.
- Die Kosten für die **energetische Sanierung** und die ‚Wärmewende‘ dürfen nicht den Mieter aufgebürdet werden. Nur eine sozial gerechte Lösung führt zur Akzeptanz der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele im Sektor Gebäude.
- Ein **Mietpreisdeckel** und verstärkte Anstrengungen im Bereich des öffentlich geförderten, genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten Sozialwohnungsbaus sind dringend erforderlich. Bezahlbares Wohnen braucht bezahlbare Energie und bezahlbare Energie braucht effiziente Gebäude. Wer das trennt, verschärft am Ende beides.
- Versuche, die **Wasserversorgung** oder andere Bereiche öffentlicher Versorgung zu privatisieren, müssen eindeutig zurückgewiesen werden. In Zeiten des Klimawandels und der deswegen auftretenden Hitzewellen muss die Versorgung mit dem lebenswichtigen Gut Wasser in öffentlicher Hand blieben und darf nicht zum Spekulationsobjekt für multinationale Konzerne werden.
- Baden-Württemberg muss verstärkt in **emissionsfreie Mobilität** investieren und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglichen.
- In **Flächennutzungs- und Regionalplänen** müssen klare Vorgaben zum Klimaschutz verankert werden.
- Weiterem **Flächenverbrauch** durch Siedlungstätigkeit und Straßenbau muss entschieden Einhalt geboten werden .
- Die Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele des **Biodiversitätsgesetzes** (Halbierung des Pestizideinsatzes, Verstärkung des Biotopverbundes und der Schaffung von Rückzugsräumen für bedrohte Arten, Anteil des Ökolandbaus auf 30-40% steigern) ernsthaft bearbeitet werden.

Eine **Bildungspolitik**, deren Folgen Lehrermangel, marode Schulen und gestrichenen Fördermaßnahmen sind, verstärkt die in Deutschland stark ausgeprägte Abhängigkeit des Schulerfolgs von sozialer Herkunft.

- Die NaturFreunde Baden-Württemberg fordern wie die Bildungsgewerkschaft GEW ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für den Bildungsbereich. Uns geht es um eine dauerhafte Finanzierung eines gerechten, inklusiven und zukunftsfähigen Bildungssystems, das von der fröhkindlichen Bildung (z.B. Sprachförderung) bis zur Hochschule reicht.

Im **Gesundheitssystem** und im **Pflegebereich** sollte es zu keiner weiteren Ökonomisierung kommen, da dies zu massenhaften Klinikschließungen und Ausdünnung der medizinischen und pflegerischen Versorgung führt.

- Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen, um mehr Personal für den Gesundheits- und Pflegebereich zu gewinnen.
- Schaffung gesundheitsgerechter Lebensverhältnisse durch Reduzierung der Umweltbelastungen (Verkehr, Lärm, Emissionen)

Frieden, Klimaschutz und internationale Solidarität gehören untrennbar zusammen.
Dies erfordert die Einhaltung der Menschenrechte in allen Bereichen.

Klimaschäden sind zum größten Teil vom globalen Norden zu verantworten, aber deren Auswirkungen treffen den globalen Süden hart. Klimagerechtigkeit muss daher gesetzlich verankert werden durch:

- Entwicklung eines **Klimaschutzsofortprogramms** mit Klimagerechtigkeit als verbindlichem Leitprinzip. Gleichzeitig müssen die Kommunen finanziell angemessen dafür ausgestattet werden.
- Förderung von **Partnerschaften** mit dem globalen Süden.
- Verbindliche Berücksichtigung der **Perspektiven des globalen Südens**. Das darf nicht nur eine Option, sondern muss eine Verpflichtung sein. Die Haltung des wechselseitigen Lernens und der gleichberechtigten Beteiligung muss als Grundprinzip in allen Kooperationsformen verankert werden.
- Zukunftsfähige Ressourcenpolitik unter Berücksichtigung von **Rohstoffgerechtigkeit**. Nachhaltige Rohstoffpolitik durch Verbesserung der Ressourceneffizienz und forciertem Ausbau von Recycling.

Für uns NaturFreunde gibt es keine Alternative zu Frieden, Klimaschutz und internationaler Solidarität. Wir brauchen Frieden mit Mensch und Natur.

- Den Gefahren für die Demokratie durch das Erstarken der rechtsextremen und faschistischen Kräfte muss begegnet werden durch finanzielle Unterstützung von Organisationen und Initiativen zur **Demokratiebildung**.
- Die Stärkung der **Friedensbildung** muss integraler Bestandteil schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit in Baden-Württemberg sein.

Mitgliederversammlung der Naturfreunde Baden-Württemberg, 23.01.2026

Kontakt:

NaturFreunde Baden e.V.
Alte Weingartener Str. 37
76227 Karlsruhe
landesvorstand@naturfreunde-baden.de

NaturFreunde Württemberg e.V.
Neue Straße 150
70186 Stuttgart
landesvorstand@naturfreunde-wuerttemberg.de